

Luzern, 7. Mai 2020

Mediencommuniqué

Aufruf der Caritas zeigt Wirkung

Parlamentarische Vorstösse fordern Unterstützung für Armutsbetroffene

Der Aufruf der Caritas an die Bundespolitik für eine gezielte Unterstützung von Armutsbetroffenen und des Mittelstands in der Corona-Krise findet Gehör. Mehrere Vorstösse bringen zentrale Massnahmen zur Unterstützung der Schwächsten in der Gesellschaft in die Debatte des Parlaments ein.

Caritas fordert Bundesrat und Parlament dazu auf, rasch ein Unterstützungsprogramm für Haushalte mit tiefen Einkommen zu schnüren. Diese sollen eine einmalige Direktzahlung in der Höhe von 1000 Franken zur Überbrückung von finanziellen Engpässen erhalten. Ergänzend fordert Caritas kostenlose Krippenplätze für Familien mit tiefen Einkommen, eine Erhöhung der Verbilligung von Krankenkassenprämien durch Bund und Kantone um 50 Prozent sowie Kurzarbeitsentschädigungen, die bei tiefen Einkommen keine Kürzung vorsehen, sondern 100 Prozent des Lohnes betragen.

Die Anliegen der Caritas wurden im Parlament aufgenommen. Mehrere Vorstösse fordern den Bundesrat dazu auf, auch jene Menschen gezielt zu unterstützen, welche die aktuelle Krise am härtesten trifft. Für eine Kurzarbeitsentschädigung von 100 Prozent des Monatslohns für Einkommen bis 4000 Franken setzen sich aus der Grünen Fraktion Ständerätin Maya Graf (Baselland) und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Zürich) sowie SP-Nationalrat Cédric Wermuth, Aargau, ein. Einmalige Direktzahlungen von 1000 Franken für Haushalte mit tiefen Einkommen fordert Cédric Wermuth in einer Motion im Nationalrat. Eine weitere Motion von Marina Carobbio (SP, Tessin) im Ständerat umfasst beide Forderungen. Vorstösse für eine Unterstützung von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus haben Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider (SP, Jura) und Nationalrat Benjamin Roduit (CVP, Wallis) eingereicht.

Caritas begrüsst es sehr, dass mit diesen Vorstössen die dringend erforderliche Unterstützung für armutsbetroffene und -gefährdete Personen in der Corona-Krise Eingang in die Bundespolitik findet. Die bisher beschlossenen Massnahmen des Bundesrates und des Parlaments wirken der Not der Schwächsten in unserer Gesellschaft nur ungenügend entgegen.

Hinweis an die Redaktionen:

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz, Tel. 079 331 94 22, und Stefan Gribi, Leiter Abteilung Kommunikation, Caritas Schweiz, E-Mail sgribi@caritas.ch, Tel. 041 419 22 37, zur Verfügung.